

Wahl. Zwangsmaßregeln, welche zur Ausführung der Beschlagnahme erforderlich sind, werden im Verwaltungswege getroffen. Der Commissarius übt alle vermögensrechtlichen Befugnisse des berechtigten Stelleninhabers mit voller rechtlicher Wirkung aus. Die Kosten der Verwaltung werden aus den Einkünften der Stelle entnommen.

Abg. Kraß beantragte in der Nr. 1 statt „wird“ zu setzen: „ist“ und Abg. Wehrenpennig folgendes Zusatz: „Der Commissarius ist für seine Verwaltung nur der vorgelegten Behörde verantwortlich, und die von ihm zu legenden Rechnungen unterliegt der Revision der königlichen Oberrechnungskammer in Gemäßheit der Vorschrift des § 10 Nr. 2 des Gesetzes vom 27. März 1872.“ Eine anderweite Verantwortung oder Rechnungslegung findet nicht statt.“

Abgeordneter Windthorst (Meppen): Es handelt sich hier gar nicht um eine Declaration, sondern um ein ganz neues Gesetz. Man will die Sequestration und Confiscation des Kirchenvermögens vorbereiten, oder es in Hände bringen, die nichts damit zu thun haben. Wenn solche schlechte Gesetze gemacht werden, soll man mit allen Mitteln dahin streben, daß sie wieder abgeschafft werden, damit schließlich der Frieden kommt. Ich erwarte von der höchsten Stelle, die über allen Parteien steht; schließlich das Wort, welches den Frieden schafft; denn man kann auf die Dauer nicht ignorieren, daß auch die 8 Millionen Katholiken Unterthanen sind, welche den Schutz des Monarchen verdienen. Die gegenwärtigen Minister, wenigstens diejenigen, welche die neueste Kirchenpolitik inaugurirt haben, können keinen Frieden schließen.

Abg. Wehrenpennig zieht seinen Zusatzantrag zurück, nachdem der Regierungskommissar Geh. Rath Lucanus erklärt hat, daß in der nächsten Session ein Gesetzentwurf über die Vermögensverwaltung der Gemeinden vorgelegt werden würde.

Darauf wird Art. 3 mit der Abänderung Kraß's angenommen.

Zur Berathung der von Wehrenpennig beantragten Zusatzartikel schlägt der Präsident eine Ueberweisung um 7½ Uhr vor, läßt aber seinen Vorschlag fallen, nachdem Windthorst (Meppen) das Haus dringend gebeten hat, jene wichtigen Zusätze, die eine tiefgehende und aufregende Discussion veranlassen werden, nicht am Abend nach einer ermüdenden 6½stündigen Sitzung, sondern am hellen Tage zu berathen. Er verspricht dafür keinen Einspruch gegen die dritte Lesung des Gesetzes am Sonnabend zu erheben. Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung, Gesetz-Entwurf betreffend das Hörsrecht in der Provinz Hannover und der Rechtszustand des Herzogs von Arenberg.)

18. Sitzung des Herrenhauses (vom 7. Mai). 2 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Leonhardt, Achenbach und Commissar. Für das demnachst vom Abgeordnetenhaus eingehende Enteignungsgesetz wird eine besondere Commission auf Antrag der Herren v. Kröcher und Haselbach nach Schluß der Sitzung gewählt werden.

Ueber das Fischereigesetz tritt das Haus sofort in die Specialdiscussion ein. Auf Ansuchen Willens erklärt Geh. Rath Marcard, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes auf die nur temporär bemessenen Grundstücke nur in schierepölitzeilicher Hinsicht Anwendung finden. Die §§ 1-3 werden unverändert angenommen, obgleich Graf Brühl denselben viele Unklarheiten vorwirft. In § 4 „Gefischene Gewässer im Sinne dieses Gesetzes sind: 1) alle künstlich angelegten Fischteiche, mögen dieselben mit einem natürlichen Gewässer in Verbindung stehen oder nicht; 2) alle solchen Gewässer, denen es an einer für den Wechsel der Fische geeigneten Verbindung fehlt, wenn in denselben der Fischfang einem Berechtigten zusteht“ wurden die gesperrten Worte auf Antrag Willens abgelehnt. Zu § 10, welcher die Ausdehnung des Genossenschaftszweckes auf die gemeinschaftliche Bewirtschaftung und Benutzung des Fischwassers an bestimmte Voraussetzungen bindet, bemerkt v. Kleist-Regow, daß diese Bestimmungen den Wünschen entsprechen, welche in den Petitionen landwirtschaftlicher Vereine der Rheinlande Ausdruck gefunden. Die übrigen Paragraphen werden ohne Aenderung angenommen.

Für das Gesetz betr. Aufhebung des Homagialeides und des Reces zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin über die Regulirung der Landeshoheitsgrenze wird Schlußberatung beschlossen.

Schluß der Sitzung 3¼ Uhr. Nächste Sitzung nicht vor Montag. Tagesordnung unbestimmt.

Berlin, 7. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem bisherigen Landrath Freiherrn von Rerckord-Borg zu Mäus den Rothen Adler-Orden dritter Classe mit der Schleife; dem Kreisgerichtsrath Jonzalla zu Glas, dem Kreisgerichtsrath A. D. Andersch zu Bönenberg in Schl., dem Telegraphen-Directions-Rath Bende zu Berlin und dem Pfarrer Dr. Meyer zu Bickau im Kreise Torgau den Rothen Adler-Orden vierter Classe; dem Kaufmann und Abgeordneten Dieke zu Elberfeld den königlichen Kronen-Orden dritter Classe; sowie dem Erbkollegienbesitzer August Schönlender zu Friedersdorf im Kreise Strehlen den königlichen Kronen-Orden vierter Classe verliehen.

Se. Majestät der König hat die Kreisrichter von Zawadzki in Kosten, Rehsfeld in Wreschen, Buddee in Posen, von Colomb in Kempen und Gladiß in Krotoschin zu Kreisgerichtsräthen ernannt; und dem Commercienrath Arnold Wilhelm Harbt zu Lemmer den Charakter als Geheim-Commercienrath verliehen.

Der Post-Director Strube und der Ober-Postcommissarius Kaumann sind als Geheimne erpeditende Secretäre bei dem General-Postamt angestellt worden. — Beim Gymnasium in Potsdam ist die definitive Anstellung des früher dem Lehrercollodium des Gymnasiums zu Kempten a. N. angehörigen Oberlehrers Ferdinand Vogel genehmigt worden. Die Versetzung des Gymnasial-Oberlehrers Bigge zu Attendorn und des Oberlehrers Dr. Ernst Pfeiffer zu Wülhausen im Elsaß zu Oberlehrern am Gymnasium in Attendorn ist genehmigt worden. — Der Rechtsanwalt und Rector Koller zu Rietberg ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Bochum mit Anweisung seines Wohnsitzes dorthin versetzt worden.

Den Fabrikanten Schäffer und Bubenberg zu Budau-Magdeburg ist unter dem 5. Mai d. J. ein Patent auf einen Aufhängemeßer auf drei Jahre erteilt worden. — Dem J. G. May zu Budau-Magdeburg ist unter dem 5. Mai d. J. ein Patent auf eine Eisenbahnwagen-Kuppelung auf drei Jahre erteilt worden.

Berlin, 7. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und Königin.] Ließen Allerhöchstdieselben gestern Nachmittag durch den General Albedyll, den Geheimen Kabinet-Rath von Wilmowski und den Staatssecretär des Auswärtigen Amtes, Staats-Minister von Bülow, Vortrag halten, empfangen heute Morgen den Kammerherrn von Dachsden, den Polizeipräsidenten von Madai, den Ober-Schloßhauptmann Grafen Keller und den russischen Militärbevollmächtigten General von Reutern, nahmen militärische Meldungen entgegen und hörten den Vortrag des Kriegs-Ministers. Nach der Spazierfahrt machten Se. Majestät der Kaiser dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck einen Besuch, besichtigten in der königlichen Akademie das Modell des für den Niederwald bestimmten Denkmals und gewährten dem Botschafter Fürsten Hohenlohe, welcher sich demnachst auf seinen Posten nach Paris begibt, eine Audienz.

Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers und Königs nach Wiesbaden ist um 24 Stunden, also auf morgen, Freitag Abend 11 Uhr, verschoben worden; das Programm bleibt unverändert. (Reichsanz.)

○ Berlin, 7. Mai. [Der Kaiser. — Lehrerinnen-Prüfungen.] Der Kaiser hat seine Reise nach Wiesbaden um einen Tag verschoben. Derselbe wird morgen Abend um 11 Uhr auf der Anhalterischen Bahn abfahren, und am nächsten Morgen in Gießen den Kaffee einnehmen. — Die Nachricht einiger Correspondenten, daß der Kaiser von Rußland ein sehr wenig gesundes Aussehen gehabt habe, wird nicht nur durch die offiziellen Nachrichten widerlegt, sondern entspricht auch wirklich den Thatsachen nicht. Ich habe den Monarchen seit einer Reihe von Jahren jedesmal bei seiner Durchreise in Berlin gesehen, sein Aussehen aber noch nie so frisch und munter gefunden, wie es in diesem Jahre. Denselben Correspondenten, welche in diesem Falle offenbar nicht aus eigenem Anschauen berichtet haben, ist auch das Unglück passiert, die Anwesenheit des Fürsten Gortschakoff als eine mythische zu bezeichnen und in Zweifel zu ziehen. Die Hofnachrichten melden dagegen, daß der Fürst von unserm Kaiser empfangen worden sei, und die gestrige „Prov.-Corr.“ theilt mit, daß derselbe dem Reichskanzler einen Besuch gemacht habe. — Es ist bereits bekannt, daß von Seiten des Cultusministers eine neue Prüfungs-Ordnung für Lehrerinnen und Schulvorsteherinnen erlassen worden ist, welche vom 1. October d. J. ab

an Stelle der bisher geltenden Bestimmungen in Kraft treten soll. Bei Mittheilung der betreffenden Verfügung an die Provinzial-Behörden ist denselben zugleich die Weisung zugegangen, die Bildung der vorgeschriebenen Prüfungs-Commissionen in die Wege leiten zu wollen. Nach den beigefügten Erläuterungen soll es von der Zahl derjenigen Lehrerinnen-Bildungs-Anstalten in der Provinz, an denen eine Entlassungs-Prüfung gehalten werden kann, abhängen, ob es genügt, außerdem nur noch an dem Sitz des Provinzial-Schul-Collegiums eine Prüfungs-Commission zu bilden, oder ob es nöthig erscheint, noch an dem Sitz der einen oder der anderen Regierung der Provinz eine solche einzurichten. Es ist ferner in der Verfügung hervor-gehoben, daß bei der Zusammensetzung der Prüfungs-Commission darauf Rücksicht zu nehmen sei, daß dieselben bestimmt sind, die bisher bestehenden, confessionell geforderten Commissionen zu ersetzen und daß demnach alle Bewerberinnen der Provinz ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Religion von derselben Commission geprüft werden. Es können dieser daher Mitglieder der evangelischen und katholischen Confession angehören, und es muß jedenfalls dafür Sorge getragen werden, daß sowohl die evangelischen wie die katholischen Bewerberinnen von einem Mitgliede ihrer Kirchengemeinschaft in der Religion geprüft werden können. Wo bisher zu den Prüfungen der katholischen Bewerberinnen ein bischöflicher Commissarius zugezogen worden ist, soll die Ernennung eines solchen auch für die gemischte Commission freistehen. Derselbe würde aber selbstverständlich nur an der Prüfung in der Religion und an der Berathung über das Ergebnis derselben theilzunehmen und das Zeugnis mit Beziehung auf dieses zu unterschreiben haben.

— Berlin, 7. Mai. [Vom Bundesrathe. — Eisenbahnbetriebs-Reglement. — Aus dem Herrenhause. — Kreisordnung. — Straßenbaupolizei.] Aus der gestrigen Bundesrathssitzung wird noch bekannt, daß die Ablehnung des Reichstagsbeschlusses auf Gewährung von Däten an die Reichstagsmitglieder einstimmig erfolgte. Für die Ablehnung der vom Reichstage beschlossenen Resolution auf Ueberweisung der Preßdelikte an die Schwurgerichte hatte man eine mildere Form gewählt; man beschloß bei der Justizorganisation auf die Frage zurückzukommen. Soweit bekannt geworden, ist bei den bisherigen Berathungen des Justizausschusses die Competenz und die Zusammensetzung der Schwurgerichte nicht berührt worden, dagegen ist bereits gemeldet worden, daß gegen die Ueberweisung der Preßdelikte an die Schwurgerichte von der Mehrzahl der Bundesräthe entschieden protestirt worden ist, nur Baiern und Württemberg sich dafür ausgesprochen hatten. — Die nächste Sitzung des Bundesrathes dürfte am Montag stattfinden, ihren hauptsächlichsten und wichtigsten Gegenstand wird das Eisenbahnbetriebs-Reglement bilden, dessen Abschluß in den Vorstadien für die nächsten Tage zu erwarten ist; auch andere laufende Arbeiten, welche eine Disposition seitens des Bundesrathes erheischen, werden hierbei zum Abschluß gebracht werden. Es gehören dahin u. A. die erforderlichen Anordnungen über die nächste Volkszählung, wobei es sich doch um einige Aenderungen handeln wird, da man in verschiedenen Punkten die bei der letzten Volkszählung gemachten Erfahrungen zur Herbeiführung eines erleichterten Verfahrens und der Erzielung sicherer Resultate benutzen will. — Die Aussichten auf einen Schluß der Landtagssession bis zum 22. d. M. trüben sich mit jedem Tage, und dieser Umstand ruft Verstim-mung unter den Abgeordneten hervor. Die Verzögerung ist übrigens nicht allein durch die Schuld des Herrenhauses entstanden, sondern durch die neuen Vorlagen der Regierung, welche außerhalb der früheren mit dem 22. Mai abschließenden Berechnung lagen. Im Herrenhause hat heute die Commission für das Synodalgesez ihre Arbeiten begonnen, welche auf Herstellung der Regierungs-Vorlage gerichtet sind und bis zum Montag so weit gefördert sein sollen, um dem Plenum unterbreitet zu werden. Die Hoffnung auf eine rasche Förderung der Arbeiten im Herrenhause ist aber lediglich von dem Erscheinen der Mitglieder der sogenannten „neuen Fraction“ d. h. der Liberalen abhängig, welche bisher in allgemein verurtheilter Weise durch ihre Abwesenheit glänzten und bei einer solchen Fortsetzung der übernommenen Pflichten die sämtlichen schwer errungenen Resultate der Session in Frage stellen können. Am meisten lückenhaft sind die Reihen der Liberalen aus den westlichen Provinzen; man hat an die Fehlenden seitens der hiesigen Parteigenossen die dringendste Aufforderung ergehen lassen, bis zum künftigen Montag hier zu erscheinen. — Die freie Commission des Abgeordnetenhauses für die Vorberathung des Antrages v. Bockum-Dolffs auf Einführung der Kreisordnung in Rheinland und Westphalen hat beschlossen, bei der vorgerückten Session den Antrag jetzt nicht weiter zu verfolgen, sondern in der nächsten Session darauf zurückzukommen. — Die Regierung ist, wie man hört, in Erwägung bezüglich der Ueberlassung der Straßenbau-Polizei an die Berliner Stadtbehörden eingetreten; wie es scheint, wird aber der Zweck nicht erreicht werden, da man sich über die Frage der Kostenentwähigung nicht einigen kann.

D. R. C. [Die Einführung der Mausergewehre.] Heute Vormittag traf eine große Anzahl von Reservisten ein, welche zu den hiesigen „Garde-Regimentern“ einberufen sind um mit dem neuen Mausergewehr einexercirt zu werden. Die Einberufung erfolgt in der Weise, daß pro Bataillon 160 Mann eingestellt und vierzehn Tage lang mit der neuen Waffe einexercirt werden. Nach Verlauf der vierzehn Tage wird eine neue Anzahl von Reservisten an Stelle der in die Heimath entlassenen ersten Abtheilung in gleich großer Zahl einberufen und mit derselben in gleicher Weise verfahren. Endlich wird nach weiterem Verlaufe von 14 Tagen eine dritte Abtheilung von 160 Mann per Bataillon einberufen, so daß schließlich nach Verlauf von 6 Wochen die sämtlichen zur Vermehrung des Bataillons auf Kriegsstärke erforderlicher Mannschaften mit der neuen Waffe einexercirt sind. Wie wir hören, wird dieses Verfahren, die Reserve-Mannschaften mit dem neuen Gewehr auszubilden, welches vorläufig nur für die Garde-Regimenter eingeführt ist, auch bei den übrigen Truppen zur Anwendung gelangen, sobald erst die nöthigen Gewehre zur Armirung der Linien-Infanterie-Regimenter hier eingetroffen sind.

D. R. C. [Der Geh. Commerzienrath Krupp] in Essen hatte bisher 7200 Thlr. Einkommensteuer bezahlt. Wie uns berichtet wird, ist Herr Krupp für das Jahr 1874 in die 117te Steuerstufe gesetzt und zu einem Steuerbetrage von 50,400 Thlr. veranlagt worden. Diese Summe würde somit bei einem Zinsbetrage von 3 pCt. veranlagt, ein Einkommen von jährlich 1 Million und 680,000 Thlr. repräsentiren.

Posen, 7. Mai. [Kirchenpolitisch.] Die Geistlichen Barcikowski und Warminski aus But wurden am 4. d. Mts. vom Kreisgerichte in Grätz, wegen unbefugten Amtirens, der erstere zu einer Gefängnißstrafe von 6 Wochen, der letztere zu einer solchen von 14 Monaten und 14 Tagen verurtheilt. Herr Warminski soll gegen das Urtheil appellirt haben. (Süd. Ztg.)

Köln, 7. Mai. [Die Diöcesangrenzen.] Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich aus Paris vom gestrigen Tage telegraphiren, daß der deutsche Commissar für die bezüglich der Regelung der Diöcesangrenzen von Elsaß-Lothringen dort stattfindenden Verhandlungen, Vicepräsident Geh. Rath v. Ledderhose, aus Straßburg daselbst eingetroffen

sei und daß letztere in Betreff der Abgrenzung des Bisthums Nancy u. der die Curie bereits ihre Zustimmung erteilt, schon in nächster Zeit beginnen würden.

Koblenz, 7. Mai. [Ihre Majestät die Kaiserin Augusta] ist heute Mittag 11 Uhr 50 Minuten, von Laßstein kommend, hier eingetroffen und im königl. Residenzschlosse abgestiegen.

Julda, 3. Mai. [Der Protest des hiesigen Domcapitels] gegen das Bischofsgesetz lautet nach der „Juldaer Ztg.“ folgendermaßen: „Der dem hohen Haupte der Abgeordneten vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer“ verlegt in so vielen Beziehungen das Recht der katholischen Kirche überhaupt, wie insbesondere das Recht der Domcapitel, daß wir es für unsere Pflicht erachten, gegen die Erhebung dieses Entwurfes zum Gesetze zu protestiren. — Zunächst müssen wir entschiedene Verwahrung dagegen einlegen, daß man die Rechte der katholischen Kirche überhaupt im Wege der einseitigen staatlichen Gesetzgebung abzugrenzen versucht, so die durch göttliches Recht gegebene Autonomie der Kirche verneint und derselben nur diejenigen Rechte einräumt, die die jeweiligen Träger der Staatsgewalt ihr zuzuweisen für gut befinden. Im Einzelnen können wir sodann nicht zugeben, daß in einem erledigten katholischen Bisthume die Ausübung der mit dem bischöflichen Amte verbundenen Rechte und Verrichtungen von einer desfalls an den Oberpräsidenten zu erstattenden Anzeige, sowie von der Erklärung des zur Ausübung derartiger Functionen im Wege des kirchlichen Rechtes Berufenen, die sämtlichen jetzt bestehenden Gesetze des Staates beschwören zu wollen, abhängig gemacht werde. Ebensonenig ist es uns erlaubt, die Erledigung eines Bisthums durch einseitige staatliche Absetzung des betreffenden Bischofs anzuerkennen, und müssen wir es als einen Eingriff schwerster Natur in das Recht der Kirche bezeichnen, wenn den Domcapiteln in solchem Falle an-gemuthet werden will, zur Wahl eines Capitularvicars zu schreiten, die unter allen Umständen nur dann gestattet ist, wenn ein Bisthum in rechtmäßiger Weise zur Erledigung gekommen ist. Die für den Fall der Weigerung eines Domcapitels, zu einer derartig unbefugten Wahl eines Capitularvicars sich herbeizulassen, in Aussicht genommene Ernennung eines Commissars zum Zwecke der Verwaltung und Beschlagnahme des gesamten Bisthumsvermögens würden wir ebenwohl nur als eine ungerechtfertigte Vergewaltigung bezeichnen müssen, die factisch einer Einziehung des Kirchenvermögens nahezu gleichkommt. Im Uebrigen ist den Domcapiteln das Verfahren für den Fall, daß die eigene Landesregierung den Bischof für abgesetzt erklären sollte, vorläufig durch canonische Bestimmungen vorgeschrieben und denselben noch zuletzt durch Decret des heiligen Stuhles vom 3. Mai 1862 Suspension von allen geistlichen Amtsverrichtungen und vollständige Entsetzung von ihren Beneficien und Würden angedroht worden, wenn sie unter Anerkennung der unbefugten Amtsenthebung des Bischofs seitens der Staatsgewalten zur Wahl eines Capitularvicars schreiten würden. Deshalb würden auch wir eventuell die in dem beregten Gesetzentwurfe vorgesehene Einbehaltung der Staatsrenten der Domcapitel mit dem Bewußtsein hinnehmen, daß der Streit über die höchsten und letzten Gründe des Rechtes der katholischen Kirche, der die Gegenwart bewegt, durch derartige von der Staatsgewalt augenblicklich beliebte Mittel nicht gelöst, vielmehr in eine Schäre herabgezogen werden kann, die der Würde des Staates wie der Kirche in gleicher Weise widerspricht. Indem wir demgemäß gegen den in Rede stehenden Gesetzentwurf um des Gemeinens willen Verwahrung einlegen, stellen wir an das hohe Haus der Abgeordneten (Herrenhaus) das ebenso ehrerbietige als dringende Ersuchen, den fraglichen Gesetzentwurf abzulehnen zu wollen. Julda, den 16. April 1874. Domcapitel zu Julda.“ gez.: Dr. Labrenz, Domdechant, Dr. Mallmus, Domcapitular, Habne, Domcapitular, Rath, Domcapitular, Dr. Reinerding, Domcapitular.

München, 7. Mai. [Widerlegung.] Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht eine Correspondenz aus München, welche sich gegen den Artikel der „Spenerischen Zeitung“ vom 1. Mai d. J. „Der bayerische Abgeordnete Joerg“ und besonders gegen die darin enthaltene Angabe richtet, „daß die bayerische Regierung kurz vor Ausbruch des letzten Krieges Frankreich gefragt habe, ob man etwaige Neutralität respectiren würde.“ Die Correspondenz sagt in dieser Beziehung: Wir haben hierüber verlässliche Erkundigungen eingezogen und können versichern, daß diese Angabe, welche einen schweren Vorwurf gegen die damalige bayerische Regierung enthält, unwahr und eine Anfrage Baierns bei Frankreich in keiner Weise, weder direct noch indirect erfolgt ist. Daß auf Frankreichs Seite der Wunsch bestand, Baiern zu einer neutralen Haltung zu bestimmen, ist bekannt, ebenso bekannt aber auch, daß dieser Wunsch völlig erfolglos blieb.

München, 5. Mai. [Ein interessantes Dementi] bringt die „Frankfurter Ztg.“ von hier: In dem Kampfe des hiesigen Magistrats gegen die Socialdemokraten entwickelt sich ein interessantes Zwischenstück. Ein Berichterstatter des „Corresp. von und für Deutschland“ hatte nämlich mitgetheilt, ihm werde mit aller Bestimmtheit versichert, daß der Magistrat vorher an das Staatsministerium die Anfrage gestellt habe, ob dasselbe mit der etwaigen Auflösung der Volks-Versammlung vom Sonnabend einverstanden sei und daß die hierauf am Sonnabend Nachmittag eingetroffene Depesche bejahend geantwortet habe. Gennantes Blatt erhielt nun eine Zuschrift des ersten Bürgermeisters v. Stomer, die wir ebenfalls erwähnt haben, worin derselbe der Redaction mittheilt, daß von Seiten des Magistrats in jener Sache keine Anfrage an das Staatsministerium gerichtet wurde und daß die Unterbehörde dabei in eigener Competenz zu entscheiden hatte und entschieden hat. Es wird nun wohl von Interesse sein, wenn der Correspondent mittheilt, daß am Sonnabend Nachmittag in der That eine die Versammlung betreffende Depesche des Ministers v. Pfeufer hier eingetroffen ist. Allerdings ist nun das Dementi des Herrn Bürgermeisters v. Stomer insoweit berechtigt, als die Depesche nicht an den Magistrat, sondern an den Herrn Bürgermeister von Stomer gerichtet war. Der Wortlaut der Depesche — worin sich der Minister mit dem Vorgehen gegen die Socialdemokraten einverstanden erklärt, ist ihm — ohne daß eine Verlegung des Amts-Geheimnisses vorliege — mitgetheilt worden.

Mech, 5. Mai. [Die Umgestaltung von Baracken in Arbeiterwohnungen. — Landwirtschaftliches. — Beschädigungen durch Fröste. — Die Schulen im Departement Moselle und die in Deutsch-Lothringen. — Die Kathedralen.] Bekanntlich waren die Truppen unserer Occupationsarmee in Frankreich in Baracken untergebracht, welche seitdem größtentheils wieder abgebrochen worden sind. Interessant ist deshalb, daß vor Kurzem im benachbarten Pont-a-Mousson die dortigen Baracken nebst dem dazu gehörigen Terrain von zwei Unternehmern angekauft worden sind, um daselbst Arbeiter-Wohnungen einzurichten. Diese Idee ist eine sehr glückliche zu nennen, weil die Fabrik-Arbeiter, deren Zahl in Pont-a-Mousson eine sehr große ist, bisher zum Theil sehr schlecht gewohnt haben und weil andererseits nach den bei der Occupations-Armee gemachten Erfahrungen die Baracken vortreffliche Wohnungen abgeben. Die einzelnen Wohnungen sollen nach der Absicht der Unternehmer 2 bis 3 Zimmer nebst Keller und Garten umfassen; auf diese Weise werden nicht weniger als 150 Familien gut und billig untergebracht werden. Bei uns in Mech haben sich die im vergangenen Jahre neu erbauten Militär-Baracken, die mit 500 Mann belegt sind, sehr gut bewährt, trotzdem der Winter zum Theil sehr streng war. — Die in den letzten Nächten plötzlich aufgetretenen Fröste haben den Feldfrüchten in Lothringen allerdings geschadet, glücklicherweise jedoch nicht in dem Grade, wie die Landleute es darstellten und wie es auch einige Zeitungen berichtet haben. Am meisten dürfte der Wein in den Niederungen gelitten haben, indeß sind auch da, wie ich mich durch Augenchein überzeugt habe, Aussichten auf eine Ernte vorhanden. Nächstdem sind Kartoffeln und Flachs am schlechtesten weggekommen; die Gerste zeigt die bekannten gelben Verfärbungen der Blattspitzen, wohingegen das Wintergetreide nicht gelitten hat. Eine günstige Witterung wird ohne Zweifel den Schaden bald wieder aus-

gleichem. Erheblicher scheint der Schaden zu sein, den die kalte Witterung im Elsaß und im östlichen Frankreich angerichtet hat; wenigstens gehen die Berichte aus verschiedenen größeren Orten gleichlautend dahin, daß der Wein und das Obst schwer gelitten haben. Leider fehlen noch immer die Aufschüsse auf eine bessere Witterung; in dem Augenblicke, wo ich schreibe, fällt Eis, während das Thermometer auf 1 Gr. zeigt. — Ueber die Beschaffenheit der Schulen in dem französischen gebildeten Theile Lothringens bringt der „Courrier“ bemerkenswerthe Mittheilungen. Darnach sind in vielen namhaft gemachten Dörfern des Departements die Schullocalitäten ohne das nöthwendigste Mobiliar, ohne Tafeln und Karten; die Stuben sind eng und niedrig, feucht und ohne Licht; ja es werden einige Gemeinden angeführt, in welchen die Unterrichtszimmer im Winter nicht geheizt werden. Mit Recht darf daher das genannte Blatt fragen: Wenn das Departement, in welchem derartige Zustände möglich sind, hinsichtlich der abgemeinen Bildung zu den vorgeschrittensten in Frankreich zählt, wie mögen die Schulen im Innern der Bretagne aussehen? — Schulen, welche den geschilderten ähnlich waren, habe ich vor 2 Jahren auch in Deutsch-Lothringen noch gesehen; seitdem aber hat die Regierung die Gemeinden zum Neubau geeigneter Gebäude veranlaßt und daher findet man gegenwärtig beinahe in jedem Dorfe eine dem Auge wohlthuende Schule. — Die Restaurationsarbeiten an unserer Kathedrale nehmen einen ungehörigen Fortgang; einige der an den höchsten Punkten angebracht gewesenen Gerüste sind bereits wieder entfernt und anderweitig aufgeschlagen. Bis zur vollendeten Fertigstellung des herrlichen Baues dürften aber noch mehrere Jahre vergehen.

Österreich.

Wien, 7. Mai. [Eisenbahn.] Der „Pesti Naplo“ meldet bezüglich der Entscheidung der Frage über die Eisenbahnanstöße bei Orfowa, es sei in der heutigen Schlußconferenz der österreichischen Staatsbahngesellschaft die Concession zu der Linie Temeswar-Orfowa erteilt worden und werde dadurch das Garantiepauschale derselben für die ungarischen Linien um jährlich eine Million erhöht.

Italien.

Rom, 1. Mai. [Die Finanzvorlagen. — Prinz Napoleon.] Eine Jahresfeier. — Die Villa Potenziati. — Eine städtische Anleihe. In der Finanz-Discussion, schreibt man der „R. Z.“, war der Gesetzesvorschlag betreffs der Erhöhung der Einkommensteuer die Klippe, die glücklich zu umschiffen die ministerielle Comptrollerie diesmal keinen Loten mit ausreichendem Geschick stellen zu können schien. Doch da zeigte sich im entscheidenden Augenblicke, daß der Minister-Präsident als Finanzchef auch in dieser Lage auf sich allein mehr zählen mochte als auf andere. Er hatte die Bestimmungen so getroffen, daß bei der Abstimmung über das äußerst mißliebige Gesetz von 258 anwesenden Deputirten 162 dafür, 96 dagegen waren. Dadurch sind der Ausgleichung vier Millionen gesichert. Nach diesem Siege wird auch die weitere Verhandlung über die Verwaltungsreformen ohne Zweifel im Sinne Minghettis geführt werden. — Prinz Napoleon wird sich noch einige Tage aufhalten. Die Aufmerksamkeit, die ihm in gewissen Kreisen zu Theil werden, haben oft einen starken Beigeschmack von Vernachlässigung. Beim Besuche des Palastes der Conservatoren geschah es sogar, daß der Municipal-Assessor Trojani, der ihn führen sollte, gestern zur bestimmten Stunde nicht erschien. Der Prinz durchwanderte deshalb die Säle allein, und erst als er schon fort war kam Trojani. — Gestern viel Fahnen Schmuck. Am 30. April 1849 warfen Garibaldi's Leute den ersten Angriff der Franzosen unter Dudinot erfolgreich zurück, wobei es besonders in der Nähe vom Casino Basullo vor Porta S. Pancrazio blutig herging. Die Patrioten hatten an Ort und Stelle in den Nachmittagsstunden eine Erinnerungsfest angeordnet, die stark besucht und durch die Festredner noch stärker erregt wurde, doch ohne Störung vorging. — An der salsischen Straße, wo die Aussicht auf das Gebirge hin am freiesten ist, wurde vor einem Jahre für die Civilisten des Königs die herrliche Villa Potenziati angekauft und seitdem ohne Unterbrechungen aus ihrer Veröbding in ein fürstliches Landhaus mit feinstem Comfort umgeschaffen. Dafür waren mehrere Millionen zur Verfügung. Der König und die Gräfin Mirastori saßen es vorgestern vollendet; es dürfte für die Frühlingsvilleggiatur in nächster Nähe der Stadt der Lieblingsaufenthalt des Königs werden. Die Mannigfaltigkeit der Anlagen umher wetteifert mit dem Reichtum der innern Einrichtung: glänzende Gemächer, luxuriöse Marfalle, romantische Gartenanlagen und Gänge, schattige Buschpartien, Springbrunnen, Teiche und duftige Blumenfluren. So wurden Principe Don Alessandro Torlonia und Königt Victor Emanuel nachharn. Die elegante Villa Potenziati tritt übrigens vor der stillen Größe der Villa Albani doch in den Hintergrund. — In der vorgestrigen Sitzung der Municipaljunta wurde die beabsichtigte Anleihe von 100 Millionen Lire eingehend besprochen, nachdem der Finanz-Assessor Galletti über den Plan der Anleihe und die Verwendung des Geldes berichtet hatte. Eine Gesellschaft Banquiers habe sich erbötet, die 100 Millionen herzugeben, welche durch jährliche Zinsen und Capital-Rückzahlung von 7 Millionen nach 40 Jahren amortisirt sein würden. Die Anleihe würde folgender Maßen verwendet werden: 20 Millionen für Bauten und öffentliche Arbeiten, welche die Stadtverwaltung innerhalb dieses Jahres zu vollenden sich verpflichtete, sowie zur Deckung des diesjährigen Deficits; 30 Millionen zur Tilgung der mit der banca nazionale abgeschlossenen Anleihe; 30 Millionen für die Regulirung des Tiberlaufes; 20 Millionen für Arbeiten, welche die Ausführung des neuen Stadtplans mit sich bringen wird. Man sieht, die Herren auf dem Capitol rechnen ganz nett, aber den Wirth sieht sie wie gewöhnlich nicht zu Rath. Als in der sehr animirten Sitzung ein Stadtverordneter Herrn Galletti fragte, wo er wohl die jährlichen 7 Millionen zur Amortisirung der neuen Anleihe hernehmen würde, da ward ihm zur Antwort, man würde dazu die Abgaben auf die höchste Potenz hinaufschrauben. Die Majorität der Municipaljunta erkannte die Nothwendigkeit einer Anleihe an, die aber sollte die Summe von 30 Millionen nicht übersteigen. Die definitive Entscheidung darüber dürfte binnen Kurzem gefaßt werden.

Spanien.

Madrid. [Vom Kriegsschauplatz. — Das Attentat auf Pi y Margall.] Die amtliche Zeitung veröffentlicht eine Menge von Telegrammen, welche der Regierung zu den Erfolgen der Nordarmee Glück wünschen. Serrana wird noch im Laufe dieser Woche hier in der Hauptstadt zurück erwartet; man vermutet, daß er den Oberbefehl dem General Concha übertragen wird. Nachdem Bilbao befreit, ist die erste Aufgabe, die auf dem Rückzuge befindliche Armee der Carlisten energisch zu verfolgen, um den Vortheil ganz auszunutzen. Die Nachrichten über den Weg, den die Flüchtigen eingeschlagen haben, weichen von einander ab; nach den Einen ziehen sie sich über Durango nach Guipuzcoa und Navarra zurück, nach den Anderen hätten sie die Richtung nach Ordana genommen, in welcher Stadt sie eine Geschützgießerei und viel Material haben. Vier Bataillone sollen sie nach Estella gesandt haben, weil ihre dortige Besatzung von dem General

Taffara mit 5000 Mann bedroht ist. Möglich ist es auch, daß die geschlagene Armee sich getrennt und zwei Wege gewählt hat.

Ein eigenthümliches Ereigniß, schreibt man der „R. Z.“, hat sich in die Festfreude zu Madrid gemischt: ein Mordversuch gegen Pi y Margall. Im vorigen Jahre, als Pi Minister war, hätte sich für eine solche That wohl leicht eine Erklärung geboten; daß aber jetzt Jemand ein Interesse haben kann, dem Privatmanne Pi nach dem Leben zu trachten, ist schwer zu begreifen — bis man eben die auf Trübsinn zurückweisenden näheren Umstände hört. Ein Geistlicher betrat am Sonntag Pi y Margall's Haus unter dem Vorwande, vom Justiz-Minister mit einem Auftrage geschickt zu sein, und so wie er Pi sah, feuerte er drei Schüsse aus einem Revolver auf ihn ab. Er fehlte, drückte dann auf sich selbst ab und stürzte todt zu Boden. Papiere wurden bei ihm gefunden, aus welchen hervorging, daß er als geheilt aus dem Irrenhause entlassen war. Man hatte ihn jedenfalls zu früh der Welt wiedergegeben. Möglich ist es, daß religiöser Fanatismus eine Rolle bei dem Verbrechen spielte; daß der unglückliche Mensch in Pi y Margall einen der hervorragendsten Gegner des kirchlichen Glaubens vom Erdboden vertilgen wollte. Da er seinen Mordversuch mit dem eigenen Leben gebüßt hat, so wird er vielleicht seine Beweggründe als Geheimniß mit ins Grab nehmen. — Die gleichzeitig gemeldete Nachricht, daß der frühere Abgeordnete Santamaria — und da er als einer der Unversöhnlichen bezeichnet wird, so ist Don Enigdio, nicht D. Ricardo Bartolome Santamaria gemeint — verhaftet worden, hängt nicht mit dem Vorfalle zusammen, da die Verhaftung vor dem Attentat erfolgte; die Ursache wird vielmehr seine Betheiligung an den cantonalen Aufständen gewesen sein.

Großbritannien.

A. A. C. London, 4. Mai. [Vom Hofe.] Die Königin kam heute in Begleitung ihrer jüngsten Tochter von Schloß Windsor nach London, wo sie im Buckingham-Palast abstieg und bis Mittwoch verweilen wird. — Der „Morning Post“ wird aus Dublin mitgetheilt: „Nachdem der Herzog und die Herzogin von Edinburgh die Einladung des Herzogs von Abercorn zu einem Besuche Irlands während des kommenden Herbstes angenommen haben, war Se. Gnaden so kühn, Ihre Majestät einzuladen, bei einer so glücklichen Gelegenheit, die in seiner Meinung dem irischen Volke so angenehm sein würde, zugegen zu sein. Es heißt nun, daß die Königin die Einladung des Statthalters angenommen hat. Der königliche Besuch wird durch ungewöhnlich glänzende Feste signalisirt werden.“

[In Burlington-House] gaben am Sonnabend der Präsident und Rath der königl. Kunstakademie ihr jährliches Festbankett, das heuer von einer überaus glänzenden Gesellschaft besucht war. Die Tafelreden enthielten jeden politischen Inhalts. Den Toast auf „Ihrer Majestät Minister“ beantwortete Herr Disraeli mit einer von Geist und Witz übersprudelnden brillanten Rede. [Von den Jidchi-Jnseln.] Aus Sidney wird unterm 1. d. M. per Kabel gemeldet: „Nachrichten von den Jidchi-Jnseln, die bis zum 11. v. M. reichen, melden, daß der König, die eingeborenen Häuptlinge und die Weichen die Abtretung der Inseln von Großbritannien einstimmig wünschen. Die Abtretung solle insofern keine Kronlandbereinigung umfassen, da das ganze Territorium Stämmen-Familien und Individuen gehört. Nur die Souveränität und Regierung der Inseln sollen Großbritannien angeboten werden.“

[Die Hungersnoth in Indien.] Ein vom 12. April aus Calcutta datirtes Telegramm in der „Times of India“ meldet: „Die Wochengeschichte der Hungersnoth lautet bezüglich deren gegenwärtigen Verlauf nicht entmutigender. Ungeheure Zufuhren und Nothbauten kämpfen hart mit der Calamität. Der Regierungsbericht ist nicht aufrichtig; er sagt nicht die ganze Wahrheit. Todesfälle in Folge der Hungersnoth sind zahlreicher als die verwichenen Districtsbeamten melden.“ — Der „Times“ wird aus Calcutta unterm 3. d. gemeldet: „Es sind Hoffnungen vorhanden, daß die Unterstützungs-Maßregeln die Oberhand über die Hungersnoth bekommen.“

A. A. C. London, 5. Mai. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] wurde die am vorigen Montag durch die Einbringung des Schankgesetzes unterbrochene Debatte über die zukünftige Politik Großbritanniens mit Bezug auf die Westküste von Afrika fortgesetzt. Herr Hanbury (conserv. Mitglied für Lambeth) erneuerte seinen Antrag, der ein gänzlich zurückziehen von der Verwaltung der Angelegenheiten der Goldküste im Interesse des Handels und der Civilisation für nicht wünschenswerth erklärte. Nachdem Herr W. Mills (Cretor) den Antrag unterstützt, stellte Sir W. Lawson (Carlisle) das Amendement, daß es wünschenswerth sei, sich von allen aequibolen und verwickelten Verpflichtungen gegen die Eingeborenen der Goldküste zurückzuziehen. Der Krieg, behauptete er, sei durch unser Verhalten gegen den König von Aschanti verursacht worden, und weder Civilisation noch Handel erforderten ein Verbleiben in dem Lande. Englische Civilisation bedeute in der Regel nur die Einführung von Rum und Schießpulver und die Vertilgung der Eingeborenen vom Erdboden. Ueberdies hätte man das Zeugniß des Commodore Glover dafür, daß das Resultat der vielgepriesenen Civilisation sei, daß die Eingeborenen an der Goldküste die größten Schurken, auf die je die Sonne schien, seien, obwohl sie sich geweigert hätten, sich gegenseitig zu tödten. Herr Knatchbull-Dugessien, der ehemalige Unterstaatssecretär für die Colonien, verteidigte das Verhalten der letzten Regierung mit Bezug auf den Aschantikrieg. Der Krieg, bemerkte er, war unvermeidlich, selbst wenn die Uebertragung Limas nicht stattgefunden hätte, denn die Aschanten seien dazu entschlossen gewesen und keine Regierung hätte dies voraussehen oder abwenden können. Im Weiteren rechtfertigte er die Führung des Krieges und den Marsch nach Kumassi, und mit Bezug auf die Zukunft war er der Meinung, daß die Regierung Verpflichtungen und moralische Verantwortlichkeiten eingegangen sei, die ein Zurückziehen aus dem Lande geradezu verbieten. Er empfahl schließlich Herrn Hanbury, seinen Antrag zurückzuziehen und die Entscheidung über die künftige Politik Englands an der Goldküste der Regierung zu überlassen. Nach einer langen Discussion für und wider den Antrag, an der sich Sir A. Hay, Sir F. Goldsmid, Herr Richard, der bekannte Friedensapostel, Herr Muniz, Herr Hoebisch u. A. theilnahmen, nahm Herr J. Lowther, der Unterstaatssecretär für die Colonien, Namens der Regierung das Wort. Er erklärte, er sei nicht in der Lage, irgend eine definitive Entscheidung bezüglich der künftigen Politik an der Goldküste anzugeben, weil die Regierung erst die Offiziere des Heeres und der Kriegsmarine, sowie die Civilbeamten, die gänzliche und unverzügliche Zurückziehung sei indeß eine völlige Unmöglichkeit. Unter diesen Umständen empfahl er Hanbury und Sir W. Lawson, auf ihre Anträge nicht bestehen zu wollen. Hanbury erklärte sich bereit, seinen Antrag zurückzuziehen, wenn das Amendement ebenfalls zurückgezogen würde. Sir W. Lawson verweigerte dies aber. Auf Antrag Sir Richard Knighleys wurde die Debatte hierauf mit 311 gegen 75 Stimmen vertagt. Zuletzt erhob sich Herr Disraeli mit dem Bemerkten, daß der Gegenstand die tägliche Aufmerksamkeit der Regierung empfangen, ja, daß die künftige Politik hauptsächlich in ihrem großen Spielraum geregelt worden sei, obwohl zu ihrer Ergänzung noch einige Details fehlten. Wenn die endgültige Entscheidung getroffen worden sei, würde sie dem Hause mitgetheilt werden, und dies würde die geeignete Gelegenheit für die Fortsetzung der Debatte bieten. Sir W. Lawson zog auf Grund dieser Erklärung sein Amendement zurück und die Debatte wurde bis zum 31. Juli vertagt.

Im Laufe der Sitzung erkundigte sich Herr Rinnard beim Premier, ob in Anbetracht der fortgesetzten Feindseligkeiten zwischen der Regierung der Niederlande und dem Sultan von Mischin irgend welche und was für Schritte gethan worden seien, um die von England unter dem Vertrage von 1819 übernommenen Verbindlichkeiten gegen Mischin auszuführen. Herr Disraeli erwiderte: „Ohne gegenwärtige Bezugnahme auf den Vertrag von 1819 mit dem Sultan von Mischin, oder auf die mannigfachen und verwickelten Transactionen, die diesen Vertrag zu Stande brachten und ihm folgten, sind wir der Meinung, daß es in Anbetracht des Vertrages von 1871 zwischen Ihrer Majestät und dem Könige der Niederlande uns moralisch unmöglich sein würde, in diesem Lande unter den bestehenden Verhältnissen zu interveniren.“

Provinzial-Beitung.

** Breslau, 8. Mai. [Caplan Scholz.] Die vom königlichen Stadtgerichte gegen den Caplan Scholz verhängte Strafe von 40 Thalern oder 12 Tagen Gefängniß wegen vier Fällen unbefugter Amtshandlungen wurde vom hiesigen Appellationsgerichte am 6. d. M. bestätigt. — Am 20. d. M. hat Herr Caplan Scholz, wie die „Schles. Volksz.“ mittheilt, eine neue öffentliche Verhandlung vor dem hiesigen Stadtgerichte wegen 13 Fälle unbefugter Amtshandlungen.

O Sagan, 6. Mai. [Zur Tageschronik.] Wegen des Baues eines Seminargebäudes hier selbst scheint leider immer noch keine Bestimmung getroffen zu sein; so müssen also auch fernerhin für das Seminar die Räume des Rathhauses in Anspruch genommen werden und da diese nicht mehr genügen, auch die der Nebenbäuer. — Vorläufig bleibt der erste Curfus des hiesigen Seminars ein Internat, der zweite, 1875 beginnende Curfus soll aber versuchsweise als Externat eingerichtet werden, d. h. die Seminaristen müssen für Kost und Wohnung selbst sorgen. — Herr Seminarlehrer Richter, der das hiesige Seminar eingerichtet und bisher geleitet hat, ist als Director an das Simultan-Seminar zu Dillenburg, Provinz Nassau, versetzt worden, an seine Stelle ist Herr Seminar-Director Spohrmann zu Roszin in Großherzogthum Posen als Director an das Lehr-Seminar nach Sagan berufen. — Wie gefährlich es ist, beim schnellen Fahren aus dem Wagen zu springen, beweist wieder folgendes traurige Ereigniß. Am vergangenen Sonnabend fuhr am späten Abend der Gutsverwalter aus Bergisdorf in einem leichten einspännigen Wagen über die Sorauer Brücke. Mäßig schenkte das Pferd. Dem Insassen gelang es nicht, dasselbe wieder zu beruhigen. Um sich vor Unglück zu bewahren, sprang der Herr aus dem Wagen, fiel aber leider so unglücklich, daß er sich sehr schwer verletzete und in der Stadt untergebracht werden mußte.

11. Ereigniß, 6. Mai. [Zur Tageschronik.] Der am vergangenen Montage hier begonnene Frühlings-Fahrmarsch erfreute sich im Allgemeinen ungeachtet der Ungunst der Witterung eines ziemlich regen Verkehrs. Den meisten Fußpud hatten allerdings die kleinen Seetiere, Heringe genannt, welche auf langen Fischen aufgetapelt, wie Ref. von seinem Stubensfenster aus wahrnehmen konnte, unausgeseht von Frauen umlagert waren, um dort sich auf längere oder kürzere Zeit mit einem Hausbaldvorrath zum billigen Abendbisch — für die Männer freilich ein Heizmittel mehr, ins Wirthshaus zu gehen, — zu verjagen. Auch auf dem am ersten Jahrmarschstage außerhalb der Stadt auf dem Saage abgehaltenen Viehmarsch gab sich ein lebhafter Geschäftsverkehr kund; doch war der Umsatz von dem aufgetriebenen Vieh (117 Pferde, 171 Stück Kindvieh und 338 Schweine) bei den hohen Preisschiffen verhältnißmäßig nicht bedeutend. — Der in der Mittagsausgabe der „Breslauer Zeitung“ vom 5. d. M. aus hiesigen Blättern entnommene Fall eines in der Nähe unserer Stadt begangenen Selbstmordes hat sich dahin aufgeklärt, daß der Unglückliche als der Privatsecretär U. von hier recognoscirt worden ist.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 7. 8.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Lufthrud bei 0°	330° 50	329° 97	329° 18
Lufthwärme	+ 11° 1	+ 6° 5	+ 6° 5
Dunstbrud	2° 21	2° 40	2° 76
Dunstfälligkeit	42 pSt.	68 pSt.	78 pSt.
Wind	S. 1	SW. 1	SW. 1
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.
Wärme der Ober	7 Uhr Morgens	+ 8° 3.	

Breslau, 8. Mai. [Wasserstand.] D. A. 5 M. 16 Cm. U. A. — M. 58 Cm.

Berlin, 7. Mai. Der feste Grundton, den wir in der Börsenstimmung schon feit einigen Tagen constatiren konnten, verleugnet sich auch heute nicht, er fand im Gegentheil eine weitere Unterstützung in der wiederkehrenden Abundanz des Geldmarktes. Feinste Briefe find am offenen Markte leicht zu 2% zu placiren. Trotz der günstigen Disposition bleibt der Verkehr auf das Meiste eingeschränkt, und dürfte hierin ein Beweis liegen, daß vom April ein Decouvert kaum noch besteht oder auf diesen Monat übertragen wäre. Bei der verhältnißmäßig schnellen Steigerung der Speculationscourse gegen Ende April gab die Baissipartei ihre Position auf und sieht bis zum gegenwärtigen Augenblick noch nicht die Zeit gekommen, um mit neuen Blancoofferten an den Markt zu treten. Die Hauspartei aber besiegt sich einer übergroßen Vorsicht, ihre Engagements sind durchgehends von kurzer Dauer, und jede Courseerhöhung dient sofort Gewinnrealisationen, sie tritt eigentlich überhaupt nur dann in Action, wenn es gilt der Contremine die Dedungen zu erschweren. Bei der Geringfügigkeit der bestehenden Baissie-Engagements ist gegenwärtig aber ein solcher Erfolg zum mindesten zweifelhaft, so stehen die beiden das Börsengeschäft sonst so mächtig beeinflussenden Factoren jetzt sich unthätig gegenüber, da auch von anderer Seite her jede Anregung zu neuen speculativen Unternehmungen fehlt. Die internationalen Speculationspapiere blieben fast ganz geschäftslos und veränderten im Laufe des heutigen Verkehrs ihre Notirungen fast nicht. Die Oscillationen der Course bewegten sich fast in gleichen, sehr engbegrenzten Intervallen auf und abwärts. Im Ganzen war das Coursniveau eher niedriger und zeichneten sich besonders Vombarden durch eine Courseinbuße von 1 Thlr. aus. Dester. Nebenbänken waren recht fest, wurden aber nur sehr mäßig umgefest, Galizier ließen im Course erst etwas nach, begegneten aber guter Kauflust. Andere Bahnen blieben meist unverändert. In auswärtigen Fonds war die Stimmung etwas abgeklüftet und der Umsatz sehr gering, Desterreichische Renten behaupteten sich ziemlich gut, Loosapapiere waren vernachlässigt, Italiener schwächer, Türken schwanken im Course, wurden aber sehr lebhaft gehandelt, Russische Werthe blieben meist ohne Veränderung und waren wie Amerikaner still. Preussische und Deutsche Fonds ruhig. Im Prioritätengeschäfte befandete sich Festigkeit. Preussische 4% waren begehrt, ferner fand gute Frage nach Kaiser Ferdinand Oest. Staatsbahn (alte), Lemberger, Lundenb. und Mähr. Grenz. st. Lomb. waren dagegen matt und angeboten. Auf dem Eisenbahnmactienmarkte war der Verkehr gering und die Stimmung wenig fest. Die schweren Rheinisch-Westfälischen Speculations-Debiten setzten ihren Courserückgang fort, Bergische allein zu gestriger Notiz, Anhalter und Potsd. anziehend, Oberichl. und Rechte-Der. Ufer nachgebend, Rumänen fest, Schweizer Westbahn belebt und höher. Banfacien fest still, nur Preuß. Credit belebt, Banthein rege und steigend, Bodeneredit besser, ferner Spielbahnen, Gewerbebank, Provinz-Gewerbebank, Braunschweiger Bank, Deutsche National, Deutsche Genossenschaft, Schaaffhausen, Stettiner Vereinsbank, Amsterdamer Bank und Sächsischer Creditbank in gutem Verkehr, Disconto-Commanbit zu herabgesetztem Course begehrt 170%, ult. 171½-69½-70. Industriepapiere meist geschäftslos, Eisenbahnbau-Gesellschaft besser, Westend, Centralstraß, Bauberein Königsstadt anziehend, Flehner behauptet, Neptun mehrprocentig höher, Elbinger und Gölber Eisenbahnbau, Baltische Waggonfabrik Hoffmann rege, Montanwerthe fest, Dortmund Union 59½, ultimo 60-59, Laurahütte 164½, ultimo 165½-164½. — Wechsel fest, zum Theil höher. (W. B. U. S.)

[Ein neuer Strike in England.] Nach den neuesten eingetroffenen Nachrichten ist nunmehr, nachdem joeben der Strike der Eisenarbeiter beendet ist, ein weit umfangreicherer und folgenschwererer Strike ausgebrochen, der der Miners im ganzen Kohlenrevier in England. Namentlich liegen solche Nachrichten aus Newcastle, Hartlepool und Sunderland vor und es dürften auf diesen Umstand die heut gemeldeten höheren Eisenpreise zurückzuführen sein. Den in Hamburg entlasteten Kohlenhändlern ist seitens ihrer Frachtheber die Weisung zugegangen, vorläufig nicht nach den englischen Kohlenplätzen zurückzufahren. Es scheint zweifellos, daß die Bergwerksbesitzer die vergleichsweise günstige Lage benutzen wollen, um die Arbeiter zur Aufzeigung der in der Unionkasse gesammelten Beträge für den Streikfall zu nöthigen, um so bei einer etwaigen Wiederkehr der Conjuratur nicht immer erneuten Forderungen gegenüberzustehen, für deren Gewährung die Existenz einer so nachtheiligen Strikelasse eine gewisse Garantie bot. (W. B. U.)

London, 7. Mai. [Kaffee.] Nach aus Rio de Janeiro vom 18. April pr. Kabel abgegangenen Nachrichten betrug der Wechselcours auf London 25½ d. Kaffee matt. Wetter kühler. Der allgemeine Gesundheitszustand in Rio war günstiger.

London, 7. Mai. [Bei der gestern fortgesetzten Wollauktion] waren die Preise für australische Greasy Wollen sehr fest.

Berlin, 7. Mai. [Productenbericht.] Roggen ist unter bedeutenden Schwankungen heute lebhaft umgesetzt zu durchschnittlich höheren Preisen. — Roggenmehl etwas besser bezahlt. — Weizen wenig belebt. — Hafer loco matt, Termine ziemlich behauptet. — Rübsöl ohne wesentliche Aenderung. Umsatz schwach. — Spiritus sehr fest und höher. Weizen loco 76-92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, inländischer — Thlr. bez., gelber — Thlr. bez., feiner gelber — Thlr. bez., feiner weißer poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. April-Mai 89-88½-89 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 87-86½-86 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 87-86½-86 Thlr. bez., pr. Juli-August 85-84½-85 Thlr. bez., pr. August-September — Thlr. bez., pr. September-October 81½-81-81½ Thlr. bez., neue Wance pr. April-Mai 87½-88 Thlr. bez., Gefündigt 5000 Ctr. Königsburgerpreis 88½ Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 55-67 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 54-55½ Thlr. bez., besserer russischer 56-57 Thlr. ab Bahn und Kohn bez., feiner russischer — Thlr. bez., polnischer — Thlr. bez., inländischer 64-67 Thlr. ab Bahn bez., feiner inländischer — Thlr. bez., per Frühjahr 56½-56½-57½-57½ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 56½-56½-57½-57½ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 57½-57½-58½-58½

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.